

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Der Transformationsprozess im sächsischen Automobil- und Maschinenbau muss gesteuert werden - Staatsregierung ist in der Verantwortung!**

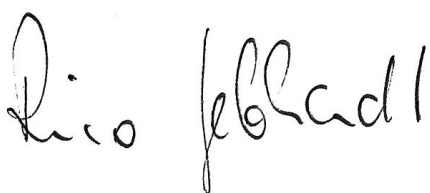
**Der Landtag möge beschließen:  
Die Staatsregierung wird aufgefordert,**

die für den notwendigen Strukturwandel im sächsischen Automobil- und Maschinenbau im Interesse der Sicherung der Existenzgrundlagen von über 95.000 Beschäftigten und ihrer Familien erforderlichen Handlungsschritte einzuleiten, und dafür die Forderungen und Vorschläge der Chemnitzer Erklärung der IG Metall vom 14. November 2019 aufzugreifen und insbesondere das nachfolgend genannte Spektrum an Maßnahmen zur Steuerung des Transformationsprozesses umzusetzen:

1. Erstellung eines umfassenden Transformationskonzeptes für den sächsischen Automobil- und Maschinenbau unter Beteiligung der Unternehmen, der Betriebsräte, der Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, Verbände, zivilgesellschaftlicher Nachhaltigkeits- und Umweltinitiativen, der Wissenschaft sowie der betroffenen Gebietskörperschaften und Vorlage dieses Konzept beim Landtag;
2. Einrichtung eines wochenaktuellen Monitoring beim Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Risikobewertung und zum Erkennen von Akutfällen sowie Einrichtung eines diesbezüglichen Kommunikationssystems zum schnellen Informationsaustausch mit allen relevanten Akteuren;

Dresden, 19.12.2019

- b.w. -



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

3. Einrichtung und Finanzierung einer Sächsische Landes-Koordinierungsstelle Transformation im Bereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr nach dem Vorbild des Freistaates Thüringen, die insbesondere Sofortmaßnahmen, Beratung und Koordinierung erforderlicher Maßnahmen für Unternehmen in der Krise einleitet und koordiniert;
4. Initiative auf Bundesebene zur Einrichtung einer Bundes-Koordinierungsstelle „Transformation Automobilbranche“ unter Einbeziehung der Sozialpartner zur Gewährleistung notwendiger Abstimmungen zwischen den Ländern und Regionen zu Beschäftigungs- und Standortsicherungsmaßnahmen (Zukunftsverträge);
5. Einrichtung und Finanzierung eines Fonds des Freistaats Sachsen zur Bereitstellung von Ressourcen, Fördermitteln und Risikokapital (Sächsischer Transformationsfonds) zur Entwicklung nachhaltiger Produkte und Verfahren einer künftigen, klimagerechten Mobilität;
6. Einrichtung eines Runden Tisches Maschinenbau Sachsen unter Beteiligung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, von Vertreter\*innen der Tarifparteien und der sächsischen Wirtschaftsförderung zur Mitgestaltung einer aktiven Industriepolitik unter Einbezug von Mitbestimmungsträgern zur Bewältigung des Strukturumbruchs;
7. Initiative auf Bundesebene für die Einführung eines gesetzlichen Transformationskurzarbeitergeldes.

### **Begründung:**

Der Automobil- und Maschinenbau stellt derzeit den wichtigsten Industriezweig im Freistaat Sachsen dar und steht am Beginn tiefgreifender Veränderungen. Bereits jetzt ist deshalb eine Reihe von Unternehmen in Schwierigkeiten, mussten Kurzarbeit einführen oder Insolvenz anmelden. Die notwendigen Änderungen der Mobilität vor dem Hintergrund des Klimaschutzes stellen große Teile des Industriezweiges in Frage. Damit ist gleichzeitig die Existenzgrundlage der dort Beschäftigten und ihrer Familien bedroht.

Leider hat die Sächsische Staatsregierung den Ernst dieser Lage offenbar nicht erkannt. Wie lange Zeit bei dem sich abzeichnenden Strukturwandel der sächsischen Braunkohleregionen drängt sich auch hier der Eindruck auf, dass die Regierung versucht, die Probleme auszusitzen.

Die IG Metall kritisiert in ihrer Chemnitzer Erklärung vom 14. November 2019 zu Recht die Untätigkeit der Staatsregierung und schlägt demgegenüber ein Bündel von Maßnahmen vor.

Die Fraktion DIE LINKE. unterstützt diese Forderungen nachdrücklich. Es ist höchste Zeit, dass die Staatsregierung dem Landtag schnellstmöglich eine umfassende Konzeption vorlegt, wie sie sich den notwendigen Transformationsprozess vorstellt und steuern will und damit die Mitglieder des Landtages in die Lage versetzt, eine eigene sachlich kompetente Beurteilung zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu treffen. Darüber hinaus sind bereits jetzt eine Reihe von Sofortmaßnahmen zu treffen, um auf die aktuelle Entwicklung reagieren zu können.